

UWVG will Belege für Ablehnung sehen

Neustadt (os). UWVG-Chef Willi Ostermann gibt sich noch nicht geschlagen. Nach der Ablehnung eines Antrags der Wählergemeinschaft, mit dem die Ortsräte vor Beschaffung einer mobilen Geschwindigkeitsüberwachung beteiligt werden sollten (wir be-

richteten), fordert er von Bürgermeister Sternbeck in einer Anfrage Belege für dessen Argumentation, das sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

„Der Rat kann das delegieren, das wurde bei anderen Themen ja auch gemacht, obwohl sie nicht

in der Zuständigkeit der Ortsräte lagen“, so Ostermann mit Verweis auf die Themen Schulen und Siedlungsentwicklung.

Sternbeck hatte in der Ratssitzung gesagt, die Geschwindigkeitsüberwachung sei Verwaltungsaufgabe und somit kein

Thema für die Ortsvertretungen. Nach Willen der CDU sollen die allerdings nach Beschaffung an der Auswahl der Messorte beteiligt werden.

Laut Verwaltung geht der UWVG eine schriftliche Antwort in Kürze zu.